



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Möglichkeit der Ausbildung im öffentlichen Dienst in hybrider Variante

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine ganzheitliche Strategie dafür zu erarbeiten, wie die Ausbildung im öffentlichen Dienst künftig auch mittels hybrider Lehr- und Lernformate (d. h. Kombination analoger Formate mit digitalen Elementen) absolviert werden kann. Im Rahmen der Ausarbeitung dieser Strategie ist die Staatsregierung gefordert,

1. ein klares Zielbild (Zukunftsvision) zu entwickeln, welches sich gezielt mit der Möglichkeit der Ausbildung im öffentlichen Dienst unter Einsatz hybrider Lehr- und Lernformate auseinandersetzt, und diese Vision auch deutlich nach innen sowie nach außen zu kommunizieren,
2. zentrale Ausbildungsbereiche des öffentlichen Dienstes zu definieren, die im Rahmen der Ausbildung digitalisiert werden können, sowie detaillierte Erfordernisse zur Umsetzung des Zielbildes auszuarbeiten,
3. zu prüfen, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen so anzupassen sind, dass hybride Lehr- und Lernformate schnellstmöglich systematisch im Rahmen der Ausbildung des öffentlichen Dienstes nutzbar gemacht werden können,
4. eine auf hybride Lehr- und Lernformate konzentrierte Weiterbildungsstrategie für das Lehrpersonal zu entwickeln,
5. umfassende Pläne zur Modernisierung der öffentlichen bzw. staatlichen Beschaffungsverfahren für die Umsetzung des Zielbildes vorzulegen und eine verwaltschafts-ebenenübergreifende Hardware-Strategie auszuarbeiten, welche den verschiedenen artigen, zur potenziellen Umstellung auf die digitalen Lehr- und Lernformate erforderlichen, Rechenleistungen gerecht wird,
6. im Hinblick auf den Umgang mit Verwaltungsdaten herauszuarbeiten, wie Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und Anforderungen zur Wahrung der Menschen- und Arbeitsrechte durch die Umstellungsmöglichkeit systematisch eingeplant und institutionalisiert werden können,
7. eine Kostenschätzung für die in der Strategie formulierte Option, die Ausbildung im öffentlichen Dienst auch mittels hybrider Lehr- und Lernformate absolvieren zu können, vorzulegen.

Begründung:

Die Ausbildung im öffentlichen Dienst war bis Februar 2020 beinahe ausschließlich analog organisiert und fand in der Folge fast ausschließlich vor Ort in den jeweiligen Ausbildungsstätten und Dienstzimmern statt. Nicht zuletzt die Coronakrise unterstrich jedoch, wie zukunftssträftig und nützlich die Möglichkeiten von Homeoffice und mobilen

Arbeitsformen sein können. Teilweise konnte angesichts digitaler Formate der Dienst und damit die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes von zu Hause aus überhaupt aufrechterhalten werden. Was sich in der Krise bewährt hat und sich auch künftig als zielführend erweisen wird, soll nicht wieder aufgehoben werden.

Die Ausbildung in Präsenz soll zwar der Regelfall bleiben, aber auf die Möglichkeit der Kombination der Ausbildung mit digitalen Elementen soll problemlos ausgewichen werden können. Auch im digitalen Zeitalter steht die Erledigung der Arbeit im Vordergrund. Die Nachwuchskräfte im öffentlichen Dienst sollen von Anfang ihrer Ausbildung an verstehen lernen, dass sich Analoges mit Digitalem gewinnbringend verbinden lässt. Schließlich wirkt sich die Möglichkeit der Hybridisierung der Ausbildung auf zahlreichen verschiedenen Feldern positiv aus: Bereits vor der Berufswahl erhöht sie bei den Interessierten die Attraktivität des Arbeitgebers. Während der Ausbildung stärkt sie bei den Auszubildenden die Motivation und dadurch auch ihre Erfolgschancen als künftige Nachwuchsspitzenkräfte. Mit der Hybridisierung der Ausbildung können die Auszubildenden zudem Fahrtkosten und Zeit für das Pendeln einsparen, was sich insgesamt auch positiv auf den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen auswirkt. Zudem profitieren von einer Hybridisierung der Ausbildung insbesondere auch zahlreiche Menschen mit Behinderung, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.